

*Sebastian Chwala*

## **Zivilgesellschaft versus Staatspräsident: „Systemkrise“ in Frankreich**

Seitdem sich am 5. Januar 2023 der französische Staatspräsident Emmanuel Macron öffentlich dazu bekannt hat, das Mindestrenteneintrittsalter in Frankreich von 62 auf 64 Jahre zu erhöhen, reißen die Proteste gegen diese „Reform“ nicht mehr ab. Über Monate gingen jede Woche Millionen Menschen an sogenannten „Aktionstagen“, die von den französischen Gewerkschaften organisiert wurden, auf die Straße. Die Zahl der Demonstrierenden und das Ausmaß der Protestbewegung weckt Erinnerungen an den Pariser Mai 1968. Obwohl die Bewegung gegen den „Macronismus“ ihre Ursachen nicht nur in der Rentenreform hat, lassen sich Vergleiche doch schwer ziehen. Denn die Kraft der Gewerkschaften, Staatspräsident Macron und Premierministerin Borne – letztere hat die Durchsetzung der „Reform“ im Wesentlichen zu verantworten – zu einem Einlenken zu bewegen, scheint nicht ausreichend stark zu sein. Dies klingt paradox, hat es eine gemeinsame Abwehrfront eines sozial- und wirtschaftspolitischen Gesetzespakets durch sämtliche wichtigen Gewerkschaften in der jüngeren französischen Geschichte seit Jahrzehnten doch nicht gegeben.

### **Der „Macronismus“ ermöglicht die scheinbar unmögliche Zusammenarbeit aller Gewerkschaften**

Zwar scheint die französische Gewerkschaftsbewegung mit ihren „Richtungs“- und Spartengewerkschaften sehr unübersichtlich. Doch im Kern lassen sich zwei Hauptlinien finden, welche die Gewerkschaftslandschaft prägen: Das betrifft einmal die Linie der bei ihrer Gründung 1895 einst „anarcho-syndikalistischen“ und später eng mit der Kommunistische Partei verbundenen CGT-Gewerkschaft (Confédération générale du travail). Demgegenüber steht die CFDT (Confédération française démocratique du travail), welche ihre Wurzeln in der christlichen Gewerkschaftsbewegung hat und die später, nachdem der christliche Bezug aufgegeben wurde, Ankerpunkt einer „nicht-kommunistischen“ und phasenweise linksradikalen Gewerkschaftsbewegung wurde.

So plädierte die CFDT in den 1970iger Jahren für die Arbeiterselbstverwaltung in den Betrieben und für eine basisorientierte Gewerkschaftsarbeit. Sie stellte sich damit in Gegensatz zur vermeintlich zentralistischen Strategie der CGT, die eine staatlich gelenkte Transformation der Ökonomie anstrebte (Andolfatto/Labbé 2011: 36f.).

Politisch stand die CFDT der jungen Sozialistischen Partei nahe. Diese Linie brach 1979 ab, als der Vorsitzende Edouard Maire jeder Form der Politisierung der Gewerkschaftsarbeit eine Absage erteilte und allein auf innerbetriebliche Interessenvertretung der Beschäftigten setzte. Ziel sollte eine sozialpartnerschaftliche Zusammenarbeit mit dem Unternehmertum sein. Die „Co-Management“-

Strategie innerhalb der CFDT ging so weit, dass neoliberale Strukturanpassungsprogramme seit den 1990er Jahren auf Ebene des Staates offen mitgetragen wurden. Bis zuletzt diente dem „Macronismus“ die Einbindung des Vorsitzenden der CFDT, Laurent Berger, in die Ausarbeitung der Arbeitsmarktpolitik als Beweis für eine vermeintlich auf Konsens zwischen Arbeit und Kapital beruhende „Reformpolitik“. Währenddessen wurde der linke Flügel schrittweise hinausgedrängt. Seit den 1990er Jahren organisierte sich dieser als neue SUD-Gewerkschaft (Solidaires, unitaires, démocratiques) (Andolfotto/Labbé 2011: 37f.).

Die Absage an jede Rentenreform durch die Basis der CFDT auf dem Gewerkschaftstag des Jahres 2022 setzte Berger allerdings unter Druck und nahm ihm die Möglichkeit, sich weiter offensiv als Partner Macrons und Bornes zu präsentieren (Bissuel 2022).

Die CGT ihrerseits verlor 1947 jenen Flügel, der sich gegen die Dominanz der Kommunistischen Partei wehrte und die Force Ouvrière (FO)-Gewerkschaft gründete, die in ihrer Praxis zwischen CGT und CFDT anzusiedeln ist. Und sie verlor die gewerkschaftlich organisierten Lehrer, die sich über ideologische Grenzen hinweg organisatorisch selbständig machten. Nach 1990 spaltete sich die Lehrergewerkschaft FEN (Fédération de l'Éducation nationale) in die linke FSU (Fédération syndicale unitaire) und eine Fraktion, die sich mit mehreren anderen Spartenorganisationen zur UNSA (L'Union nationale des syndicats autonomes) zusammenschloss (Andolfotto/Labbé 2011: 31ff.). Am Rande sei erwähnt, dass die christliche Gewerkschaftsbewegung in Form der CFTC (Confédération française des travailleurs chrétiens) weiterexistiert.

Alle diese Gewerkschaften arbeiten gegenwärtig, trotz ihrer strategischen und politischen Differenzen, zusammen. Vereint in einer sogenannten „Intersyndicale“, also dem Zusammenschluss mehrerer Gewerkschaftsdachverbände, riefen die Vorsitzenden der wichtigen und sogenannten repräsentativen Gewerkschaften zum ersten Mal am 19. Januar 2023 gemeinsam zu landesweiten Demonstrationen auf. Abgelehnt wurde nicht nur die Erhöhung des generellen Renteneintrittsalters, sondern auch die geplante Abschaffung diverser „Sonderregeln“ für Beschäftigte in spezifischen Sektoren des öffentlichen Dienstes, wie zum Beispiel dem Eisenbahnwesen. Zudem verwiesen die Gewerkschaften darauf, dass Beschäftigten ohne komplette Erwerbsbiographie der Renteneintritt erst mit 67 Jahren möglich sei, da sie nicht ausreichend lange in die Rentenversicherung einbezahlt haben. In Frankreich existiert kein statisches Renteneintrittsalter; es ist abhängig von der Anzahl der geleisteten Rentenbeiträge. Durch die gegenwärtig geplante Reform steigt die notwendige Lebensarbeitszeit allerdings mindestens um zwei Jahre an.

Bereits am ersten Aktions- und Streiktag beteiligten sich nach Gewerkschaftsangaben über 1 Million Menschen. Nachdem vonseiten der Regierung keinerlei Kompromiss- oder Gesprächsbereitschaft erkennbar wurde, einigte sich die „Intersyndicale“ darauf, ab dem 7. März die Gangart zu verschärfen und zu flächendeckenden Aktionen, die lange Streikperioden sowie Blockadeaktionen von Unternehmen, Straßen- und Schienenverkehrswegen einschlossen, aufzurufen

(Le Borgne 2023). Planung und Umsetzung wurde den Akteuren vor Ort überlassen. Getragen wurden die Aktionen von der übergroßen Mehrheit der Franzosen, wie Umfragen zeigten. Über 60 Prozent der Befragten lehnten die Rentenreform ab (Ifop 2023).

Besonders intensive Streikaktionen gab es in der Folge vonseiten der Beschäftigten der Müllabfuhr zuerst in Paris und dann im ganzen Land. Diesen folgten die Beschäftigten der Ölraffinerien, Kraftstoffdepots, Tankstellen und Industriehäfen. Die Demonstrationen und Protestaktionen beschränkten sich allerdings nicht nur auf die urbanen Räume. Auch in den Mittelstädten kam es bei den beinahe wöchentlich stattfindenden Demonstrationen zu konstant hohen Teilnehmerzahlen. Dieses Frankreich der „Unterpräfekturen“ zeichnet sich durch eine überdurchschnittlich hohe Anzahl von Arbeitern aus, die bereits in sehr jungen Jahren begonnen haben, harte körperliche Tätigkeiten zu verrichten und sich physisch nicht in der Lage sehen, weit über das 60. Lebensjahr hinaus zu arbeiten (de Royer 2023).

Subversiver agierten die Gewerkschafter im Energiesektor. Sie schalten immer wieder zielgerichtet die Stromversorgung für zentrale Bereiche der Wirtschaft und der politischen Verwaltung ab. Die zielgerichtete Sabotage wichtiger öffentlicher Ereignisse auf diese Weise dürfte der nächste Schritt sein. Auch hier hat die CGT bereits Aktionen angekündigt, um Macron nach der Verabschiedung der Reform das Regieren so schwer wie möglich zu machen, sollte die Reform nicht nachträglich noch zurückgenommen werden (Do Marcolino 2023). Insgesamt fanden bis zur Verabschiedung des Gesetzes am 16. März 2023 12 Aktionstage statt. Diese wurden seit Anfang März 2023 von morgendlichen großflächigen Blockadeaktionen begleitet. Die Teilnehmerzahlen an den Aktionstagen schwankten und erreichten mit 3,5 Millionen Demonstranten im ganzen Land am 7. März 2023 ihren Höhepunkt. Bis zum vorerst letzten Aktionstag am 5. April 2023 pendelten sich die Zahlen bei knapp 2 Millionen Demonstrierenden ein.

Allerdings reichten diese Maßnahmen in den ersten drei Monaten des Jahres nicht aus, um die „macronitische“ Regierung, die in der Frage der Rentenreform jeder politischen Mehrheit beraubt war, davon abzuhalten, auf die antidemokratischen Sonderregelungen der französischen Verfassung zurückzugreifen, um die „Reform“ ohne parlamentarische Zustimmung in Kraft zu setzen. Ein Affront gegen das bürgerlich-demokratische Prinzip der Gewaltenteilung. Eine neue Phase der Proteste entwickelte sich ab Mitte März 2023, die in großem Maße junge Menschen auf die Straße brachte, denen der Staat mit einer Härte begegnete, die an die Zeit der Gelbwestenbewegung erinnert. In den Jahren 2018 und 2019 kam es durch den Einsatz von Gummigeschossen und Granaten nicht nur zu schwersten Verletzungen und Verstümmelungen, sondern in der Folge auch zu rechtsstaatlich fragwürdigen Massenverhaftungen und Schnellgerichtsurteilen (Chwala 2019).

Hunderte Verhaftungen wurden in den Tagen nach dem Rückgriff von Premierministerin Borne auf den Artikel 49.3 der Verfassung am 16. März 2023, welche die Verabschiedung der Reform in Form einer Verordnung ermöglicht, bei

abendlichen Spontandemonstrationen gemeldet. Diese sind allerdings auch nach französischem Recht legal (Laske u.a. 2023). Die als arrogant wahrgenommene Art und Weise, wie Macron den französischen Bürgern jede Form der Kritik an seiner Politik als illegitim und staatsfeindlich brandmarkt, sorgte dafür, dass sich die Protestbewegung neue Fragen stellte. Einmal mehr konstatierten die Gegner der „Macroniten“, dass Demokratie ein Feindbild für die kleine Elite im Land ist, die weiterhin hinter der Politik Macrons steht. Die Hälfte der Ministerinnen und Minister der Regierung Borne sind Millionäre, und selbst an den steigenden Energiepreisen verdienten einige Minister persönlich kräftig mit (Les Décodeurs 2022).

Für viele junge Demonstrierende steht fest, dass der „Macronismus“ für eine deutliche Verschlechterung der ökonomischen Lebensperspektiven steht. In Macrons erster Amtszeit als Staatspräsident hatte das „macronitische“ Lager bereits das Arbeitslosengeld gesenkt und Entlassungen erleichtert. Zudem war eine große Gruppe von Studierenden während der Covid-Pandemie auf Lebensmittelspenden angewiesen, da sämtliche finanzielle Mittel aufgebraucht waren und zusätzliches Einkommen nicht zu erzielen war. Diese Entwicklung ignorierte der „Macronismus“ zuerst. Später begründeten Regierungsvertreter damit „Reformen“ im Bildungssektor, die den Zugang zu den Universitäten massiv erschwert haben. Statt einem unproduktiven Studium nachzugehen, sollten sich die jungen Menschen lieber um jeden Preis dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stellen.

## **Die Institutionen der V. Republik verhindern eine demokratisch-parlamentarische Kontrolle der Exekutive**

Zwar haben die Gewerkschaften in der gegenwärtigen Situation die öffentliche Meinung auf ihrer Seite, zu einem generellen Generalstreik riefen sie allerdings bisher nicht auf. Auch an den Aktionstagen war die Beteiligung an den Streikaktionen schwankend. Hohe Streikbeteiligung außerhalb einiger Kernsektoren gab es abgesehen vom Beginn der Proteste am 19. Januar nur noch am 7. und 23. März. Hier waren der Bildungssektor sowie die formal privatisierte Eisenbahngesellschaft SNCF und die Pariser Verkehrsbetriebe betroffen. Anfang April fiel die Streikbeteiligung im öffentlichen Dienst dann unter die 10-Prozent-Marke (Rapports de Force 2023).

Die mangelnde Fähigkeit der Gewerkschaften, die Lohnausfälle der Streikenden auszugleichen und die schlichte Nichtpräsenz der Gewerkschaften besonders im privaten Sektor erklären schwankende bis nicht vorhandene Streikbereitschaft bei gleichzeitiger Zustimmung einer Mehrheit der Franzosen auch zu militanten Formen des Protestes. So ist die Anzahl der Streiktage seit dem Beginn 1980er Jahren erheblich gesunken, gleichzeitig haben die „Aktionstage“ als neue Form des öffentlichen Protestes vonseiten jener Gewerkschaften, die öffentlich ihren Widerspruch zur Regierungspolitik ausdrücken wollen, seit den 2000er Jahren deutlich zugenommen. Diese Form des Protests versucht nicht mehr, durch die Ausrufung eines möglichst langen Generalstreiks die politischen Akteure in die Knie zu zwingen, sondern strebt an, als Verhandlungspartner vonseiten der poli-

tisch Verantwortlichen an den Verhandlungstisch geholt zu werden. Allerdings ist der politische Einfluss der Gewerkschaften innerhalb des Regierungsapparats auf ein Minimum gesunken. Lange Jahre hatte die CGT durch ihre institutionelle Verbindung mit der PCF für ein gesellschaftlich attraktives Gegenmodell gesorgt. Dennoch versteht sich die CGT auch weiterhin als die Organisation, die soziale Konflikte vor allen Dingen durch starke soziale Bewegungen zu Gunsten der Beschäftigten lösen will. Die CFDT hielt sich dagegen in der jüngeren Vergangenheit von solchen Mobilisierungen fern und setzte ganz auf die seit 2007 rechtlich stärker verankerten Formen der verpflichtenden Beteiligung der Gewerkschaften und Unternehmerverbände und auf Verhandlungslösungen. Die Zunahme prekärer Arbeitsverhältnisse und die Zerstörung der Arbeitskollektive haben zudem dazu beigetragen, dass die Anzahl der Streiktage immer weiter sinkt (Giraud/Yon/Béroud 2018: 177ff.).

Dennoch gelingt es den Gewerkschaften in der gegenwärtigen Situation, als Orientierungspunkt für die Empörung der übergroßen Masse der Bevölkerung wahrgenommen zu werden. Alle großen Gewerkschaften melden deutliche Mitgliedergewinne. Im internen Kreis der CGT kursierte zuletzt die Zahl von 30.000 Eintritten seit Beginn des Jahres.

Doch die aktuelle Krise ist weit mehr als ein sozialer Konflikt. In ihr zeigt sich die Krise der fast 70 Jahre alten V. Republik, die der Exekutive (Präsident und Regierung) fast unbeschränkte Handlungsmöglichkeiten zuerkennt, während sich die politische Opposition, deren einzige institutionelle Möglichkeit die parlamentarische Arbeit in der Nationalversammlung bleibt, einer konsequenten Obstruktionspolitik durch die Regierung ausgesetzt sieht.

Die parlamentarischen Beratungen zur Rentenreform haben dies auf exemplarische Weise deutlich gemacht. So verhinderte Premierministerin Borne eine erste vollständige Lesung des Gesetzes, indem sie die Vorlage zu einem haushaltsrelevanten Gesetz erklärte, was die Verkürzung der Parlamentsdebatte auf eine Woche ermöglichte und zu keiner vollständigen Beratung führte. Anschließend wurde der Text unverändert per Verordnung in den Senat (Zweite Kammer) weiter gereicht, wo die Regierung erzwang, dass über die Änderungsanträge der Vertreter der linken Opposition nicht abgestimmt wurde. Die zweite Lesung in der Nationalversammlung fand nicht mehr statt, da Borne auf dem Wege des Artikels 49.3 die Reform per Verordnung ohne Parlamentsdebatte erließ. Insbesondere der Versuch, die Rentenreform als „haushaltsrelevant“ einzustufen, wirft Fragen auf, verweist die Verfassung doch darauf, dass damit nur die Verabschiedung eines Zahlenwerkes für das kommende Haushaltsjahr gemeint war und der Regierung nicht ein weiteres Schnellverfahren an die Hand gegeben werden sollte, um einer parlamentarischen Debatte auszuweichen (Rousseau 2023). Doch der politisch genehmte zusammengesetzte Verfassungsrat, der nicht aus Berufsrichtern, sondern hohen Beamten und Ex-Politikern besteht, die eng mit der jeweils dominierenden politischen Fraktion verbunden sind, legitimierte dieses Vorgehen am 14. 4. allein mit dem Hinweis darauf, dass dieses Verfahren laut Verfassung möglich sei. Die Frage, ob hier nicht ein Missbrauch vorlag,

diskutierte das Gremium gar nicht erst. Diese Entscheidung verwundert auch nicht, wenn man bedenkt, dass ein Großteil der neun Mitglieder von der politischen Rechten und dem „Macronismus“ benannt worden waren. Dieses Vorrecht steht der Nationalversammlung und dem Senat sowie dem Staatspräsidenten zu, die jeweils 3 Mitglieder benennen können (Fontaine 2023).

Letztendlich stellte damit der Verfassungsrat klar, welche Funktion der Gaullismus in den 1960ern für dieses Gremium vorgesehen hatte: Es hat nicht die Aufgabe eines klassischen Verfassungsgerichts, welches autonom und unabhängig die Verfassungsmäßigkeit des Handelns der politischen Akteure überwachen soll, sondern dient der Legitimation von Regierungshandeln und der Festschreibung der Einschränkung der parlamentarischen Rechte (François 2011: 42ff.).

Diese Entscheidung hat den Graben zwischen der französischen Zivilgesellschaft und den staatlichen Institutionen weiter vertieft. So wuchs die Front derjenigen, die die Rentenreform ablehnen und sich radikalere Protestformen wünschen, laut Umfragen sogar weiter an (Desmonceau 2023). Macrons TV-Ansprache an die Nation am 17. April, wenige Tage nach der Entscheidung des Verfassungsrates, bei der er ankündigte, seine politische Linie unverändert fortzusetzen und „in den nächsten hundert Tagen“ einen Weg zur „Befriedung“ zu finden (FAZ 19.4.23), wurde von hunderten Boykottkundgebungen im öffentlichen Raum begleitet.

## **Fazit**

Macrons Präsidentschaft steht an einem Scheideweg. Zwar hält der französische Präsident an der weiteren neoliberalen und fremdenfeindlichen Umgestaltung der Gesellschaft fest. Die Auflagen für Erwerbslose wurden weiter verschärft und ein neues Arbeitsgesetz steht im Raum, während gleichzeitig die Abschiebung von Menschen ohne Aufenthaltstitel erleichtert werden soll, sofern sie nicht als Arbeitskräfte attraktiv sind. Allerdings hat Macron inzwischen in weiten Teilen der einst mit ihm sympathisierenden (links)liberalen intellektuellen Milieus an Zustimmung verloren. Macrons neo-absolutistisches Politikverständnis stößt sich an „liberalen“ Grundpositionen bürgerlicher Intellektueller, die stärkere Kontrollmechanismen für die präsidiale Macht und eine Bereitschaft zum Konsens und Ausgleich mit dem moderaten Flügel der Gewerkschaften wünschen. Eine weitere Fortsetzung dieses legalen Ausnahmezustandes, dem allerdings jede Legitimität fehlt, könnte, so die Befürchtung, in einen dauerhaften militanten Konflikt zwischen Bürgern und Staat führen (Gatinois 2023).

Selbst der Großunternehmerverband MEDEF, der im Kern die Stoßrichtung Macrons teilt, forderte bereits Ende März 2023 vergeblich Macron auf, zu einer Politik des „sozialen Dialogs“ zurückzukehren (Guinochet 2023).

Es mag sein, dass der „Macronismus“ einen weiteren Aufstieg der Ultrarechten in dieser unübersichtlichen Gemengelage bewusst in Kauf nimmt, da mit Le Pen zwar eine personelle, aber keine politisch-substantielle Änderung an dem wirtschaftsliberalen, gewerkschaftsfeindlichen Kurs an der Spitze des Staates stattfinden dürfte. Auf der anderen Seite des politischen Spektrums gewinnen aber innerhalb des „Mitte-Links“-Spektrums linke Kräfte an Einfluss. So dominiert hier in-

zwischen „La France insoumise“, ohne allerdings die völlige Marginalisierung der anderen Linksparteien zu forcieren. Gleichzeitig integriert LFI einen Großteil der sich politisierenden jungen Aktivist\*innen inklusive der Klimabewegung. Die Verschärfung des antidemokratischen Kurses durch Macron und Borne könnte daher mittelfristig zu einem politischen Zweikampf zwischen einer geeinten Linken und dem ultrarechten Lager führen. Denn sowohl der „Macronismus“ als auch die rechtsnationalen „Republikaner“ sind durch ihre politische Zusammenarbeit in der Öffentlichkeit äußerst unbeliebt geworden.

## Literatur

- Andolfotto, Dominique/ Labbé, Dominique (2011): *Sociologie des syndicats*; Paris.
- Bissuel, Bertrand (2022): *Retraite: les militants de la CFDT bousculent Laurent Berger, leur numéro un*; [https://www.lemonde.fr/politique/article/2022/06/16/retraites-les-militants-de-la-cfdt-bousculent-laurent-berger-leur-numero-un\\_6130656\\_823448.html](https://www.lemonde.fr/politique/article/2022/06/16/retraites-les-militants-de-la-cfdt-bousculent-laurent-berger-leur-numero-un_6130656_823448.html).
- Chwala, Sebastian (2019) : *Geburtstag der Gelbwesten – Rückblick auf ein Jahr des Protests in Frankreich* ; <https://zeitschrift-luxemburg.de/artikel/geburtstag-der-gelbwesten-rueckblick-auf-ein-jahr-des-protests-in-frankreich/>.
- de Royer, Solenne (2023) : *Réforme des retraites : la « révolte » des sous-préfetures* ; [https://www.lemonde.fr/politique/article/2023/02/11/reforme-des-retraites-la-revolte-des-sous-prefectures\\_6161431\\_823448.html](https://www.lemonde.fr/politique/article/2023/02/11/reforme-des-retraites-la-revolte-des-sous-prefectures_6161431_823448.html).
- Desmonceaux, Juliette (2023) : *Retraites: pour 64% des Français, la mobilisation contre la réforme doit se poursuivre* ; [https://www.bfmtv.com/politique/retraites-pour-64-des-francais-la-mobilisation-contre-la-reforme-doit-se-poursuivre\\_AN-202304170032.html](https://www.bfmtv.com/politique/retraites-pour-64-des-francais-la-mobilisation-contre-la-reforme-doit-se-poursuivre_AN-202304170032.html).
- Do Marcolino, Elsa (2023) : *Festival de Cannes, d'Avignon, Roland-Garros... la CGT menace de coupures si le gouvernement ne recule pas sur la réforme* ; <https://www.midilibre.fr/2023/04/23/festival-de-cannes-davignon-roland-garros-la-cgt-menace-de-coupures-si-le-gouvernement-ne-recule-pas-sur-la-reforme-11152140.php>.
- Fontaine, Lauréline (2023): *Le Conseil Constitutionnel, ou l'illusion démocratique*; <https://www.contretemps.eu/conseil-constitutionnel-illusion-democratique/>.
- François, Bastien (2011): *Le régime politique de la Ve République*; Paris.
- Gatinois, Claire (2023): *Entre Emmanuel Macron et les intellectuels de gauche, L'Histoire d'une désillusion*; [https://www.lemonde.fr/politique/article/2023/04/20/entre-emmanuel-macron-et-les-intellectuels-de-gauche-l-histoire-d-une-desillusion\\_6170344\\_823448.html](https://www.lemonde.fr/politique/article/2023/04/20/entre-emmanuel-macron-et-les-intellectuels-de-gauche-l-histoire-d-une-desillusion_6170344_823448.html).
- Giraud, Baptiste/ Yon, Karel/ Bérout, Sophie (2018): *Sociologie politique du syndicalisme*; Paris.
- Guinochet, Fanny(2023) : *Réforme des retraites : le plaidoyer du Medef pour sortir du blocage* ; [https://www.francetvinfo.fr/replay-radio/le-decryptage-eco/reforme-des-retraites-le-plaidoyer-du-medef-pour-sortir-du-blocage\\_5698256.html](https://www.francetvinfo.fr/replay-radio/le-decryptage-eco/reforme-des-retraites-le-plaidoyer-du-medef-pour-sortir-du-blocage_5698256.html).
- Institut d'études opinion et marketing en France et à l'international (Ifop): *Les Français et la réforme des retraites – Ifop/L'Express* ; <https://www.ifop.com/publication/les-francais-et-la-reforme-des-retraites-ifop-lexpress/>.

- Laske, Karl/ Pascariello, Pascale/ Polloni, Camille/ Suc, Matthieu (2023): Violences, interpellations abusives...: le retour d'un maintien de l'ordre qui sème le chaos; <https://www.mediapart.fr/journal/france/200323/violences-interpellations-abusives-le-retour-d-un-maintien-de-l-ordre-qui-seme-le-chaos>.
- Le Borgne, Jeanne (2023): Grève du 7 mars: Les syndicats veulent mettre „la France à l'arrêt“; [https://www.lepoint.fr/societe/greve-du-7-mars-les-syndicats-veulent-mettre-la-france-a-l-arret-21-02-2023-2509586\\_23.php#11](https://www.lepoint.fr/societe/greve-du-7-mars-les-syndicats-veulent-mettre-la-france-a-l-arret-21-02-2023-2509586_23.php#11).
- Les Décodeurs (2022): Déclarations des ministres: Le gouvernement, plus riche qu'en 2017, compte dix-neuf millionnaires; [https://www.lemonde.fr/les-decodeurs/article/2022/12/02/declarations-des-ministres-le-gouvernement-plus-riche-qu-en-2017-compte-19-millionnaires\\_6152749\\_4355770.html](https://www.lemonde.fr/les-decodeurs/article/2022/12/02/declarations-des-ministres-le-gouvernement-plus-riche-qu-en-2017-compte-19-millionnaires_6152749_4355770.html).
- Rapport de Forces (2023): 6 avril: la mobilisation tient bon; <https://rapportsdeforce.fr/classes-en-lutte/6-avril-la-mobilisation-tient-bon-040617650>.
- Rousseau, Dominique (2023): Réforme de retraite: “La décision du Conseil constitutionnel s'impose mais. Parce qu'elle est mal fondée et mal motivée en droit, elle ne peut pas clore le contentieux“; [https://www.lemonde.fr/idees/article/2023/04/16/reforme-des-retraites-la-decision-du-conseil-constitutionnel-s-impose-mais-parce-qu-elle-est-mal-fondee-et-mal-motivee-en-droit-elle-ne-peut-pas-clore-le-contentieux-des-retraites\\_6169709\\_3232.html?fbclid=IwAR24Y8yUtuJb3aWJoTRaGzcc0FXPmKuqm5nATRSsz18nhd-Tn0\\_0P8d89pE](https://www.lemonde.fr/idees/article/2023/04/16/reforme-des-retraites-la-decision-du-conseil-constitutionnel-s-impose-mais-parce-qu-elle-est-mal-fondee-et-mal-motivee-en-droit-elle-ne-peut-pas-clore-le-contentieux-des-retraites_6169709_3232.html?fbclid=IwAR24Y8yUtuJb3aWJoTRaGzcc0FXPmKuqm5nATRSsz18nhd-Tn0_0P8d89pE).